

## Gerd Mannes berichtet aus dem Landtag



### Sondernewsletter zum Corona-Virus Covid 19

Liebe Bürger, Parteifreunde und Interessierte,

die letzten Wochen waren turbulent und fordernd. Doch nun scheint die Corona-Krise weitgehend überwunden, zumindest was die Ausbreitung des Virus anbelangt. Mittlerweile wird jedoch deutlich, dass die beschlossenen Maßnahmen in weiten Teilen überzogen und sogar schädlich waren. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass die Ausbreitung des Virus auch ohne wirtschaftlichen und sozialen Lockdown auf ein ungefährliches Maß zurückgeht.

Natürlich war die Lage um die neuartige Erkrankung zu Beginn der Krise unübersichtlich. Es ist daher nachvollziehbar, dass man zunächst weitreichende Beschlüsse fasste. Als jedoch immer deutlicher wurde, dass die Ausbreitung insgesamt beherrschbar bleibt, hätten die umfassenden Einschränkungen entsprechend der neuen Erkenntnisse angepasst werden müssen. Wir als AfD hatten daher schon früh gefordert, die Grundrechte der Bevölkerung wieder herzustellen und die Wirtschaft unter Einhaltung von Sicherheitsregeln wieder hochzufahren. Leider fanden wir damit kein Gehör. Das Ergebnis sehen wir nun: Unsere Wirtschaft steht vor einem Scherbenhaufen und zehntausende Unternehmen sind von der Insolvenz bedroht. Dass damit auch hunderttausende Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, scheint Herrn Söder und seinem Kabinett bisher entgangen zu sein.

Es ist daher ein wichtiges Zeichen, dass nun wenigstens unsere Gerichte die rechtswidrigen Einschränkungen zunehmend kritisieren und deren Aufhebung anordnen. So wurden die Handelsbeschränkungen, die unsere Staatsregierung beispielsweise für Läden über 800 m<sup>2</sup> Ladenfläche beschlossen hatte, vom obersten Verwaltungsgericht als verfassungswidrig eingestuft – ein großer Erfolg auch für die AfD, denn wir hatten von Anfang an die Aufhebung dieser sinnlosen und ungerechten Beschlüsse gefordert.

Leider muss ich im Rahmen meiner parlamentarischen Arbeit zunehmend feststellen, dass die Corona-Krise von Regierungen und Digitalkonzernen für bedenkliche Bestrebungen instrumentalisiert wird. So wird immer deutlicher, dass die in den letzten Jahren bereits weit fortgeschrittene Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung unter dem Vorwand der Krisenbewältigung weiter ausgebaut werden soll. Echtzeit-Tracking, digitale Überwachung von Quarantänemaßnahmen, elektronische Erfassung von Gesundheitsdaten, Kontaktnachverfolgung und vieles mehr werden uns aktuell als „unverzichtbar“ für die Bewältigung der Krise verkauft. Auch die Bargeldabschaffung wird wieder diskutiert. Hierzu sage ich: Wenn andere Länder das Virus auch ohne einen totalen Überwachungsstaat bewältigen konnten, dann darf man das auch von unserer Regierung erwarten. Unserer freiheitliches Gesellschaftsmodell ist nicht kompatibel mit Überwachungsstrukturen, wie sie beispielsweise in China längst etabliert sind. Jeden Vorstoß in diese Richtung lehne ich entschieden ab. Seien Sie versichert, dass ich mich im Rahmen meines Mandats mit Nachdruck gegen derartige Entwicklungen einsetzen werde.

*Ihr Gerd Mannes*

